

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 1 (1960)

Heft: 47

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gen im Parteileben herbeizuführen, und die Beschlüsse dieser Konferenzen erheischen die Bestätigung des ZKs. Sie sind für die ganze Partei verbindlich, was die unbeschränkte Herrschaft des ZKs garantiert.

Berichte über die Tätigkeit der Parteidorgane liefern Beweise dafür, dass der Zentralismus noch schärfer, die Demokratie noch schwächer wird, als im Statut vorgesehen: höhere Instanzen setzen die Beschlüsse der niedrigeren ohne Befragung ausser Kraft, sie dirigieren, und von kollektiver Führung kann kaum mehr die Rede sein.

Ein weiterer Charakterzug, gleichzeitig auch das wichtigste staatsrechtliche Kriterium der Partei neuen Typs, ist ihr

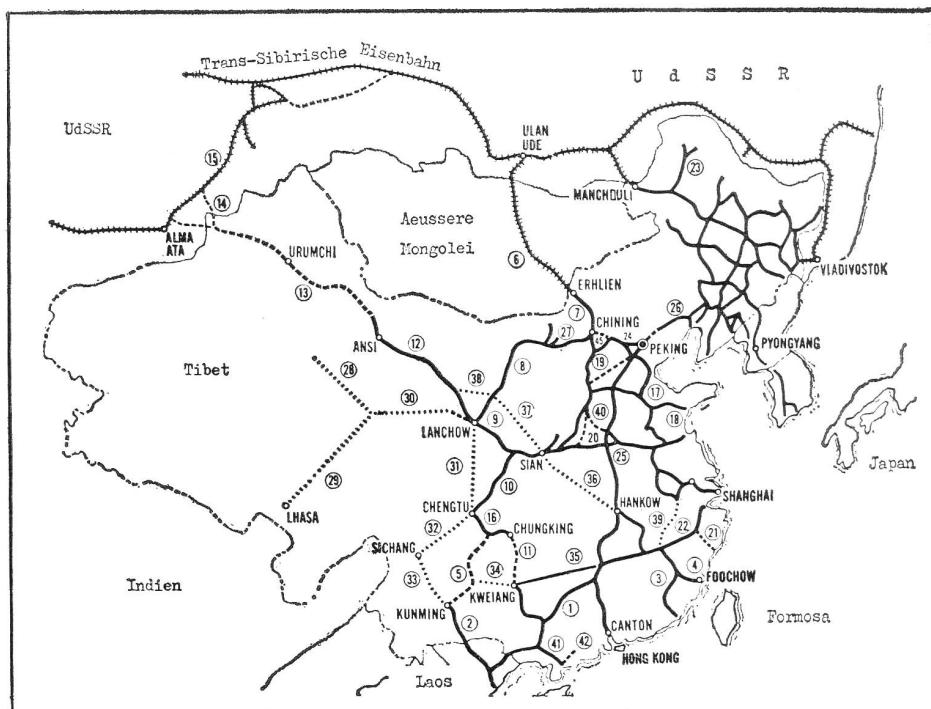
Anspruch auf die Führung des Staates und der Gesellschaft,

wie in mehreren KP-Statuten wörtlich gesagt wird. Dieser Anspruch sanktioniert das Parteimonopol in der Innen- und Ausenpolitik und bei der Beseitigung aller übrigen Parteien und somit das Einparteisystem. Die Parteidtheorie löst diese Frage unter Anwendung der Dialektik: Das Mehrparteiensystem ist nur dort erforderlich, wo die Gesellschaft in mehrere, einander entgegengesetzte Klassen geteilt ist. Die beiden Klassen der UdSSR — Arbeiterschaft und Bauern — haben jedoch die gleichen Interessen, infolgedessen besteht kein Anlass für mehrere Parteien. Die staatsrechtliche Wissenschaft der Sowjetunion erklärt: «... Das Wesen der Demokratie liegt nicht darin, ob es eine oder mehrere politische Parteien gibt, sondern ob das von der herrschenden Partei geführte politische System die grundlegenden Interessen und den Willen der Mehrheit des Volkes widerspiegelt.»

Ein formeller, nicht aber wesentlicher Unterschied zwischen der UdSSR und den Volksdemokratien liegt darin, dass es in einigen der Satellitenstaaten auch noch «bürgerliche» Parteien gibt. Diese haben jedoch die führende Rolle der KP ausnahmslos anerkannt. Grund und Ziel des Fortbestehens dieser Parteien ist der Kampf gegen die noch existierenden rechtsorientierten bürgerlichen Elemente, die «Feinde des Sozialismus». Und in dem Masse wie diese schwinden, sollen auch ihre Parteien eliminiert werden. Die Existenz solcher Parteien ändert nichts am Grundsatz, dass nur eine Partei die führende Kraft der Diktatur des Proletariats sein kann. Und tatsächlich haben diese Parteien keine Bedeutung, selbst in Polen nicht.

Ein weiterer Unterschied zwischen der KPdSU und den Kommunistischen Parteien der Volksdemokratien (mit Ausnahme der Mongolei) ist der, dass die herrschende KP formell Mitglied einer grossen national-völkischen Einheitsfront (Volksfront) ist. Deren Existenz dient dazu, dass die KP — als Leiterin — durch sie die Massen leichter lenken und den Kontakt mit ihnen aufrechterhalten kann. Mitglieder der Volksfront sind alle politischen Parteien, bzw. Massenorganisationen, in Bulgarien und Albanien sogar einzelne Personen. In Wirklichkeit ist die Volksfront eher eine Massenbewegung als eine Massenorganisation und hat die Führung durch die Partei zu garantieren, sind doch die Mitglieder der Volksfront verpflichtet, die führende Rolle der Partei zu anerkennen.

(2. Teil folgt)



Wissenschaft

UdSSR

Sputniks, Blutdruck und politischer Druck

Die Mehrzahl unserer Fachleute ist trotz der Sputniks gegenüber den sowjetischen Wissenschaftlern skeptisch eingestellt. Diese stehen im Verdacht, Nachahmer zu sein, und dieser Verdacht besteht zu einem gewissen Recht. Die Sowjets fühlen sich in wissenschaftlicher Hinsicht im Grunde unsicher, und diese Unsicherheit hat ihre Ursache nicht in der Mentalität oder Rasse des russischen Menschen. Die Schwächen liegen im System. Der Kommunismus ist wissenschaftsfeindlich, auch wenn er (oder gerade weil er) sich bestimmter wissenschaftlicher Erkenntnisse und einer scheinbar wissenschaftlichen Terminologie bedient. Ein System unverrückbarer und «absoluter Wahrheiten» lässt keinen Raum für den Zweifel. Dieser aber bildet die Grundlage jeder Wissenschaft. Der sowjetische Wissenschaftler darf jedoch nichts ernstlich in Frage stellen, was irgendwie mit der offiziellen Ideologie zusammenhängt. Auch Theorien über die Entwicklung der Pflanzen oder die Entstehung der Sprachen können unversehens in den Sog politischer Bedeutungen gelangen.

Wohin das führen kann, möge ein Beispiel von vielen belegen: In der sogenannten Pavlov-Diskussion der sowjetischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften (Moskau 1952), einem Kongress zur Weiterentwicklung der Pavlovschen Theorien, wurden zwei Wissenschaftler getadelt, weil sie das gehäufte Auftreten der Blutdruckkrankheit und des Magengeschwürs bei der sowjetischen Bevölkerung auf eine Aenderung der Lebensbedingungen zurückführen wollten. Solche Argumente, so wurde ihnen entgegengehalten, würden zwar für kapitalistische Länder gelten, nicht aber für die Sowjetunion, die den Sozialismus verwirklicht habe. Der Sozialismus macht nicht krank, hieß es. Die Theorien, die solche Gedanken unterstellt, wären demzufolge reaktionär und müssten abgelehnt werden.

Das war zwar noch zu Stalins Zeiten, aber es ist auch heute nicht viel anders. Die Partei bestimmt weiter den Charakter aller wissenschaftlichen Veröffentlichungen, weil sie nicht anders kann, solange sie sich auf die Theorie des Marxismus-Leninismus stützt.

Die sowjetischen Veröffentlichungen sind daher auch unproportioniert, voller Spannungen und Widersprüche und stossen ab durch ihre überflüssigen ideologischen Zutaten sowie ihre zuweilen polemische Sprache, die scheinbare Nichtbeachtung westlicher Arbeitsrichtungen und die populärwissenschaftliche plump Propagierung von sogenannten neuesten Erkenntnissen und Ergebnissen, die uns seit Jahren oder Jahrzehnten vertraut sind.

Nur die grössten Kapazitäten können sich eine klare Sprache leisten, und selbst diese tun es nicht immer ungestrraft, wie die zahlreichen offiziellen Massregelungen und Diskussionen der letzten Jahre beweisen. Wiederholungen und Plagiate sind jedoch häufig ungewollt, weil der Kontakt zum Westen lange Zeit (mindestens 1930—1953) weitgehend behindert war. Notgedrungen wurde der sowjetische Wissenschaftler ein-

seitig. Heute löst sich der Druck nur allmählich. Diese Isolierung erklärt denn auch die Plagiate, die im Grunde gar keine solchen sind. Auch dafür ein Beispiel: In einer sowjetischen Veröffentlichung über den Aufbau der Blutgefäße des Gehirns (Archiv für Anatomie, Histologie und Embryologie, 1957) wurde eine Theorie widerlegt, die der deutsche Hirnforscher R. A. Pfeifer 1930 aufgestellt hatte. Der russische Artikel überzeugte und die Illustrationen waren gut ausgewählt. Nur — Pfeifer hat nach 1930 noch viele Arbeiten geschrieben und darin seine ursprüngliche Ansicht korrigiert zugunsten eben der Vorstellungen, deren Richtigkeit die Sowjets nun nachgewiesen haben.

Die Darstellung wäre unvollständig, wenn man unerwähnt liesse, dass in der UdSSR eine Gegenbewegung im Gange ist. Heute steht jedem Wissenschaftler ein umfangreiches periodisches Referatenwerk zur Verfügung, dank dem sich die Wissenschaftler wieder informieren können, jedenfalls über Spezialwissenschaften. Was sie leisten können, wenn sie über die notwendigen Mittel und die Freizügigkeit verfügen, haben sie mit dem Sputnik bewiesen. Sie haben das Material — kein Zweifel, dass sie es auch verwenden werden.

Wirtschaft**Ganz ohne geht es einfach nicht**

Es ist bekannt, dass der sowjetische Bauer trotz über 40jähriger kommunistischer Erziehung noch immer den ihm persönlich zur Verfügung stehenden Gemüse- und Obstgarten sowie sein Häuschen sehr schätzt und es fertigbringt, auf diesem privaten Stück Land hohe Ernteerträge zu erzielen.

Regelmässig beklagt sich die Presse darüber, dass auf den Märkten die Stände der Kolchose von denjenigen der einzelnen Bauern, die ihre Produkte privat verkaufen, von weitem an der Qualität der Produkte, ihrer Sauberkeit usw. zu unterscheiden sind.

Zu diesen Anzeichen der Privatwirtschaftlichen Tendenzen speziell auf dem Land gesellt sich in letzter Zeit auch das private Unternehmertum in viel grösserem Umfang auch in städtischen Verhältnissen. Es handelt sich dabei um private Bauun-

ternehmen, um private Einkaufs- und Wiederverkaufsorganisationen, die einen recht grossen Umsatz erreichen.

Mit Entrüstung schildert z.B. die «Iswestija», dass in der Stadt Gomel ein Bauunternehmer im Auftrag des Gebietsrates und gemäss entsprechenden privaten Verträgen in 7 Ziegelfabriken grosse Reparaturarbeiten ausführte. Der Unternehmer handelte dabei wie ein richtiger Privatunternehmer, indem er die Arbeiter selbst anstelle und ihren Lohn festsetzte. Andernorts werden ähnliche Erscheinungen registriert und kritisiert.

Die Erklärung für die paradoxe Tatsache, dass mit dem Fortschritt des kommunistischen Aufbaues private Unternehmen entstehen und sich sogar entwickeln können, liegt darin begründet, dass trotz grosser Fortschritte der Industrie die sowjetische Volkswirtschaft in ihren verschiedenen Wirtschaftszweigen wegen der staatlichen Planung und Ueberorganisation wenig rentabel und ungenügend leistungsfähig ist.

Den Privatunternehmen, die sich stark verbreiten, wird nicht etwa vorgeworfen, sie führten die Arbeiten schlecht aus, sondern lediglich, dass sie dafür zu viel verlangten. Dies ist aber gerade der Beweis für die gute Qualität ihrer Arbeit.

Besonders stark sind die privatwirtschaftlichen Tendenzen in Handel und Zwischenhandel mit landwirtschaftlichen Produkten, denn viele Kolchose ziehen es vor, die privaten Händler und Vertreter mit dem Verkauf ihrer Produkte zu beauftragen. Sogar ihre Verpflichtungen gegenüber dem Staat erfüllen sie oft mit Hilfe der Privathändler. Die Presse berichtet über Einkaufs- und Verkaufsorganisationen mit Millionenumsatz, die z.B. in verschiedenen Gegenden Vieh einkaufen und dieses oder das Fleisch davon im Namen des Auftraggebers — der Kolchose — an die staatlichen Stellen weiterverkaufen. Das Ergebnis: Die Bevölkerung bekommt ihr Fleisch, die Kolchose ihre Prämien für die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber dem Staat, und das Unternehmen hat seinen Gewinn. Diese Sache ginge durchaus in Ordnung, wenn sie den Grundsätzen der sozialistischen Wirtschaft nicht widersprechen würde.

Welche wirtschaftliche und staatspolitische Bedeutung kommt diesen privaten Unternehmern zu? Einerseits, da die privaten

Das neue Gesicht Afrikas: Marokko

Königreich, früher aufgeteilt in drei Zonen: Französisches Protektorat, Spanische Zone, Internationale Zone von Tanger, unabhängig seit 1956: Aufhebung der Protektoratsverträge mit Frankreich am 2. März, mit Spanien am 7. April, des Internationalen Statuts von Tanger am 29. Oktober. Staatsoberhaupt und Regierungschef: König Mohammed V., Mitglied der Arabischen Liga.

Bodenfläche: 450 000 Quadratkilometer.

Einwohner: zirka 10 Millionen.

Hauptstadt: Rabat.

Währungsparität: 1 Dirham = 0,9756 NF (Mitglied der Franc-Zone).

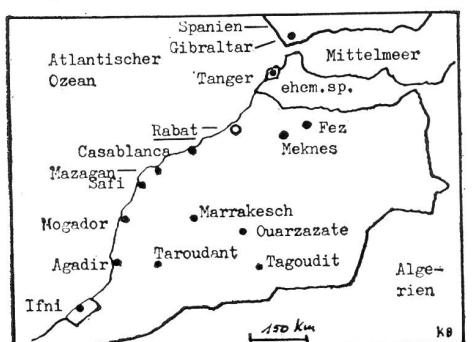
Wichtigste Landesprodukte: Phosphate, Kobalt, Mangan, Blei, Zink, Olivenöl, Getreide, Gemüse.

Ifni: Spanisch seit 1866. Uebersee-provinz

seit 14. Januar 1958, früher spanische Kolonie (Enklave in Marokko, siehe Karte). Bodenfläche: 1920 Quadratkilometer.

Einwohner: 40 000.

Hauptstadt: Sidi-Ifni.



Unternehmen meistens illegal oder unter dem Deckmantel irgendeiner staatlichen Organisation aufgezogen werden, ersetzen und ergänzen sie, rein äusserlich gesehen, die Tätigkeit der entsprechenden staatlichen Organisationen. Sie leisten bei der Versorgung der Bevölkerung einen grossen Teil der Arbeit, die von den staatlichen Organisationen geleistet werden sollte. Damit haben jene nicht ganz unrecht, die behaupten, der private Sektor helfe heute der sozialistischen Wirtschaft, Engpässe und Schwierigkeiten organisatorischer Art überwinden. Anderseits aber demonstriert das private Unternehmertum das Unvermögen der staatlichen Organisationen, ihre Pflichten zu erfüllen, und kompromittiert die Grundsätze der sozialistischen Wirtschaft.

Korea

Planerfüllung nach Plan

Wie die «Prawda» am 25. November berichtete, behandelte die Session der Obersten Volksversammlung Koreas die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplanes (1957 bis 1961).

In einer Resolution wird festgestellt, dass der Plan dank der richtigen Politik der Arbeiterpartei Koreas vorzeitig erfüllt werden konnte. Der Grundsatz dieser Parteipolitik bestand im Verlegen des Schwergewichtes auf die Entwicklung und Förderung der Schwerindustrie. Der Plan für die Industrieproduktion wurde in 2,5 Jahren erfüllt. In den Jahren 1957—1959 nahm die Industrieproduktion jährlich durchschnittlich um 45 Prozent zu. Sehr gross sind die Fortschritte auf dem Lande: die Bewässerung, Elektrifizierung und Mechanisierung des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses sind sehr weit fortgeschritten, und trotz schlechter klimatischer Verhältnisse konnte dieses Jahr eine Rekordernte eingebroacht werden.

Unterricht

Bulgarien

Politische Ausbildung

Im neuen Schuljahr hat die Bulgarische Kommunistische Partei das System des politischen Unterrichtes wesentlich ausgebaut.

Neben den Zirkeln, die schon früher bestanden, den Seminarien und Schulen zum Studium des Marxismus, der politischen Oekonomie, der Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung entstanden neue Formen des politischen Unterrichtes («Prawda», 25. November 1960).

In den Betrieben wie auf Baustellen werden Gruppen zum Studium der Oekonomik der Industriebetriebe gegründet. Zusammen mit den Parteimitgliedern besuchen Zehntausende von Parteilosen den politischen und wirtschaftlichen Unterricht. Die Abteilung für Propaganda und Agitation des Zentralkomitees der Bulgarischen Kommunistischen Partei hat für diese Hörergruppen ein Lehrbuch: «Grundlagen der Oekonomik des Industriebetriebes» herausgegeben.

Auf dem Lande werden ähnliche Gruppen zum Studium der Oekonomik der landwirtschaftlichen Betriebe gegründet. Auch für sie sind besondere Lehrbücher herausgegeben worden.

Sind Sie überzeugt,

dass «DER KLARE BLICK» als Aufklärungsorgan über die drohenden Gefahren des Kommunismus und alle andern Totalitarismen eine wichtige Aufgabe zu erfüllen hat, dann möchten Sie es sicher nicht damit bewenden lassen, nur sich selber zu informieren. Sie wünschen, dass auch Ihre Freunde und Bekannten über all diese von Tag zu Tag aktueller werden- den Fragen besser aufgeklärt werden. In diesem Falle ist ein



das richtige. Hier zeigen wir Ihnen ein Muster unserer Geschenkkarte. Sie brauchen uns nur den Namen Ihres Bekannten zu schreiben. Daraufhin werden wir diesem den «klaren Blick» mit der Geschenkkarte des Spenders zusenden und Ihnen dafür gelegentlich Rechnung stellen.

Administration und Verlag
«Der klare Blick»

Bildung

Sowjetunion

Weltanschauung - freiwillig

Die Sowjetregierung hat die Universität der Völkerfreundschaft in Moskau errichtet, um jungen, fähigen Menschen beiderlei Geschlechts aus den asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern die Möglichkeit zum Studium, zur Erwerbung höherer Bildung zu geben. Wir haben dies getan, damit Kinder der Werk-tätigen, die nicht imstande sind, ihr Studium zu bestreiten, Hochschulbildung bekommen, Wissen, Fachkenntnisse, hohe Qualifikation erwerben, um ihrem Volk, ihrem Land besser zu dienen, auf seinen Aufstieg und sein Wohlergehen besser hinzuwirken.

So lautet ein Passus aus der Rede Nikita Chruschtschews anlässlich der Eröffnung der Universität der Völkerfreundschaft vom 17. November im Kolonnensaal des Gewerkschaftshauses in Moskau.

An dieser Zielsetzung als solcher kann wohl kaum etwas auszusetzen sein, wenn ihr in dem versprochenen Sinne in Tat und Wahrheit nachgelebt würde. Wie es sich damit jedoch in Wirklichkeit verhalten könnte, geht aus einem längeren Artikel hervor, den ein Afrikaner kürzlich in der «NZZ» veröffentlichte, wobei sich seine persönlichen Erfahrungen allerdings auf die schon lange bestehende Moskauer Universität beziehen. Da aber kaum anzunehmen ist (und zwar auf Grund von bereits eingetroffenen Berichten), dass sich die Zustände an der neuen Universität für Völkerfreundschaft von denen der Moskauer Universität wesentlich unterscheiden werden, seien hier einige Bemerkungen des Afrikaners den Versprechungen Chruschtschew's gegenübergestellt:

Chruschtschew: «Die Heranbildung nationaler Fachleutekader ist dringendes Lebensgebot der Völker geworden, die den Weg unabhängiger Entwicklung genommen haben.»

Der Afrikaner: «Gleich zu Beginn sagte uns unsere Lehrerin: „Vergesst alles, was ihr vor eurer Russlandreise gelernt habt!“ Die ersten Leseübungen betrafen sowjetische Volksführer und Revolutionshelden. Vergleiche wurden angestellt und Parallelen zu unseren eigenen Ländern gezogen. Schliesslich kam die Frage, ob wir uns nicht auch für unsere Länder solche Führer und Revolutionshelden wünschten. Die Antwort wurde uns in den Mund gelegt.»

Chruschtschew: «Wir werden natürlich keinem der Studenten unsere Ansichten, unsere Ideologie aufzwingen. Die Weltanschauung ist doch eine völlig freiwillige Angelegenheit.»

Der Afrikaner: «Das Ueberwachungssystem aller Studenten an der Universität Moskau ist ziemlich lückenlos und wird von Jahr zu Jahr verschärft... Ein jeder hatte unter den Komsomol-Aktivisten und Spitzen zu leiden...»

Chruschtschew: «Wenn irgend jemand von dieser „Krankheit“ der Zeit (dem Kommunismus) sozusagen angesteckt werden sollte, so bitte ich, nicht uns die Schuld daran zuzuschreiben.»

Der Afrikaner: «Fingen wir an zu diskutieren oder unangenehme Fragen zu stellen, so hiess es, man vergeude wertvolle Zeit, wir sollten uns versetzen lassen. Die Aussortierung ging nach politischen und nicht nach intellektuellen Gesichtspunkten vor sich... Mit Vorbedacht gingen die Lehrer langsam mit dem Unterricht voran. Sie flochten immer wieder kleine politische Lektionen ein, um die Reaktion ihrer Schüler so lange zu prüfen, bis sie klassiert und ausgesondert werden konnten.»

Chruschtschew: «Mit der Eröffnung der Universität der Völkerfreundschaft wollen wir nur eines: andern Ländern zur Ausbildung hochqualifizierter Kader zu helfen.»

Der Afrikaner: «Als ich... gegen die Ausweisung meines Landsmannes Omar Okullo aus Uganda protestierte, bemerkte ein hoher Beamter, es könne sein, dass noch eine Menge anderer Studenten ausgewiesen werden müssten. Zu mir gewandt sagte er: „Zum Beispiel Studenten, welche Fragen stellen über Länder mit Elektrifizierung ohne Sowjetkraft.“

Wie erwähnt, beziehen sich die Ausführungen des Afrikaners auf die alte Moskauer Universität, aber im Zeichen der sowjetischen Anstrengungen die Ideologien des Kommunismus in den Entwicklungsländern zu verbreiten, muss es schwerfallen, daran zu glauben, dass sich die neue Universität der Völkerfreundschaft wirklich in dem von Chruschtschew propagierten Sinn und Geist entwickelt.

Politik

Bulgarien

So sieht uns Sofia

Ein mit dem Namen Albert Kühne gezeichneter Brief aus der Schweiz unter dem dreispaltigen Titel «Schweiz, Nato und Neutralität» nimmt in der bekannten und meistverbreiteten bulgarischen Zeitung «Rabotnichesko delo» vom 1. Dezember den grössten Teil der dritten Seite ein.

Der Artikel befasst sich zur Hauptsache mit der vom Nationalrat angenommenen Armeereform, die als de facto-Eingliederung in die Nato und als Aufgabe der traditionellen Neutralität hingestellt wird. Befürwortet werde eine Angriffsstrategie: «Diese sieht die Organisation der Streitkräfte auf eine Weise vor, die ohne Hilfe der Verbündeten, ohne Besitz von Atomwaffen und ohne grosse Luftwaffe nicht möglich wäre. Das bedeutet Verzicht auf das bisherige System der Landesverteidigung, das sich ausschliesslich auf die eigenen Kräfte stützte.»

«Ob die Schweizer Armee ganz offen in das westliche Militärbündnis der Nato eingegliedert wird oder vorläufig nur ihre Organisation und Vorbereitung auf einen späteren Beitritt zur Nato abstellt, ist unerheblich. Wichtig ist auf jeden Fall, dass unter dem Vorwand von Neutralitätsschutz in der Schweiz eine Armee aufgebaut wird, deren Ziel nicht einmal die Landesverteidigung ist, sondern die Bildung einer militärischen Hilfseinheit für zukünftige Verbündete.»

Dann geht die Zeitung dazu über, das Schreckgespenst des Bonner Militarismus in der Verbindung mit der Schweiz in Szene zu setzen: «Es ist kein Zufall, dass einer der obersten Führer der Schweizer Armee, Oberstkorpskommandant Frick, Ende Oktober der Bundesrepublik einen Besuch abstatte, wo er sich in Begleitung des Bundeswehr-Generalinspektors General Heusinger mit den Kriegsakademien und den militärischen Ausbildungsschulen der verschiedenen Waffengattungen vertraut mache.»

Was die Atombewaffnung der Schweiz angehe, so habe die steigende Beunruhigung der Volksmassen zur vorläufigen Verschiebung der Frage geführt. Ein Beschluss über die atomare Ausrüstung werde aber voraussichtlich demnächst erfolgen.

Ein Abschnitt des Briefes ist der schweizerischen Wirtschaftspolitik gewidmet: «Die immer grössere Gebundenheit der Regierung an ausländisches Kapital und der Beitritt der Schweiz zur Efta verpflichten sie unausweichlich der Politik der Imperialisten, Kartelle und Truste sowie der Politik des Kalten Krieges. Das Märchen von der europäischen Einheit ... zum Schutz der ‚westlichen Zivilisation‘ zeigt ganz klar die offene Verletzung des Neutralitätsprinzips und eine Angliederung an den westlichen antikommunistischen Block.»

Um die Uebersicht über das schweizerische Geschehen im Herbst abzuschliessen,

wird noch das in Zürich verbotene und in Basel von einer Flugblattaktion begleitete Gastspiel des Moissejew-Balletts erwähnt. «Das alles zeigt», heisst es in der Schlussfolgerung, «dass die Haltung der schweizerischen Bourgeoisie aussenpolitisch immer bündnisfreundlicher und innenpolitisch immer reaktionärer wird.»

Partei und Staat

Nur zentralistische Lösung

Wenn die Erklärung des kommunistischen Führertreffens in Moskau in dosierter Ausmass von der nationalen Prägung des Parteilebens sprach, wird man sich daran erinnern, dass die Sowjetunion in allen Parteifragen einem strikten Zentralismus huldigt, der ganz unbeschadet um dezentralisierte Formen im staatlichen Aufbau absolute Gültigkeit hatte.

Eine in diesen Tagen veröffentlichte parteigeschichtliche Studie des «Kommunist» in Erewan zeigt in höchst aufschlussreicher Weise, wie ein Versuch auf einer der nationalen Gliederung entsprechenden Parteiautonomie seinerzeit durch persönliches Eingreifen Lenins zum Scheitern gebracht wurde.

Der Artikel «V. I. Lenin über den Internationalismus der bolschewistischen Organisationen des Kaukasusgebietes» von Professor G. Garibdschanjan befasst sich mit der Lage der kaukasischen Republiken in den zwanziger Jahren.

Die kommunistischen Parteien von Aserbeidschan, Georgien und Armenien wurden im ersten Halbjahr als integrale und untrennbare Bestandteile der KPR (KP Russlands) errichtet. Zuvor aber hatte es, wie der Verfasser der historischen Studie bestätigt, innerhalb der regionalen KPs Versuche zur Bildung einer Föderation selbständiger kommunistischer Parteien gegeben. Hier musste nun der 8. Kongress der KPR auf Geheiss Lenins in einer ausdrücklichen Erklärung auf Bewahrung einer einheitlichen, zentralisierten KP mit einheitlichem Zentralkomitee beharren: «Alle Beschlüsse der KPR und ihrer führenden Organe sind für alle Teile der Partei, unabhängig von deren nationalen Zusammenstellung, unbedingt verpflichtend.»

Das Gipfelorgan der Parteien von Aserbeidschan, Georgien und Armenien, das Kaukasische Gebietskomitee, wurde im April 1920 in das Kaukasische Büro des ZKs der KPR umgewandelt. Zwar wurde das Kaukasische Gebietskomitee zwei Jahre später wiederum errichtet, aber ausdrücklich als Organ des ZKs der KPR.

Die dreieinhalb Jahre dauernde Vereinigung der Gebiete als «Autonome Sowjetrepublik (gegründet Januar 1921) erfolgte unter der Führung der KPR nach den Anweisungen von Lenin.

Nur der zentralistischen Rolle der Partei wegen ist es zu verstehen, warum sich die sowjetische Führung eine gewisse Dezentralisierung in der staatlichen und wirtschaftlichen Struktur erlauben kann. Auch die Vereinigung der sozialistischen Republiken in der Form der Sowjetunion war völlig das Werk der Partei. Die russische KP, beziehungsweise ihr Zentralkomitee, führte die Verhandlungen mit den entsprechenden Parteiorganen der einzelnen Republiken. Nachdem die Einzelheiten der Vereinigungen ausgearbeitet waren, begannen erst die Verhandlungen auf Regierungsebene, die selbstverständlich nichts

Curriculum der Woche

SEMJON DENISOWITSCH IGNATJEW

Laut sowjetischer Presse aus Gesundheitsräcksichten zurückgetretener Erster Sekretär des Tatarischen Gebietskomitees der KPdSU (Tatarische Autonome Sowjetrepublik). Keine Informationen über Jugendjahre. Mitglied der KP seit 1926. 1938/39 Erster Sekretär des Parteigebietskomitees der Burjat-Mongolischen Republik. 1939 auf dem 18. Parteikongress zum Mitglied der Zentralen Revisionskammer gewählt. 1944 bis 1947 Erster Sekretär des Baschkirischen Gebietskomitees der Partei. Ab 1946 arbeitet er mit Malenkow im ZK-Apparat als stellvertretender Leiter der Verwaltung der Parteiorgane. Im März 1947 wird er Zweiter Sekretär des ZKs der weissrussischen KP und Mitglied von Büro und Organisationsbüro des ZKs der KP von Weißrussland. 1949 Beauftragter des ZKs der KP von Usbekistan. 1951 wird er anstelle des abgesetzten Abakumow zum Minister für Staatssicherheit der UdSSR (Leiter der sowjetischen Geheimpolizei) ernannt. 1952 wird er auf dem 19. Kongress der KPdSU zum Mitglied des ZKs, auf dem Plenum zum Mitglied des erweiterten Präsidiums des Zentralkomitees gewählt. Im Winter 1952 von Stalin beauftragt, in der «Ärzte-Verschwörung» Geständnisse zu erzwingen. Nach dem Tode Stalins am 6. März 1953 nicht mehr Mitglied des verkleinerten Präsidiums des ZKs und im Zusammenhang mit der Fusionierung des Ministeriums für Staatssicherheit mit dem Innenministerium seines Postens als Minister für Staatssicherheit entbunden. Auf dem ZK-Plenum vom 12. bis 14. März als einer der ZK-Sekretäre bestätigt. Aber bereits am 7. April, nach der Haftentlassung der Ärzte meldet die Presse seine Absetzung wegen «politischer Blindheit unter dem Einfluss verbrecherischer Abenteuer». Entging aus nie abgeklärten Gründen der Hinrichtung, obwohl ihn seine Rolle bei der «Aufdeckung» der Ärzteverschwörung als Hauptverantwortlichen erkennen liess. Behielt sogar nach seiner Absetzung vom Sekretärsposten des ZKs der KPdSU eine recht einflussreiche Stellung bei. 1954 bis 1957 Erster Sekretär des Gebietskomitees Baschkirien der KPdSU. Auf dem 20. Parteikongress 1956 wieder zum Mitglied des Zentralkomitees gewählt. Sein letztes Amt als Sekretär der Tatarischen Republik trat er im Juni 1957 an. Periodisch war er Deputierter des Obersten Sowjets bis 1958.

weiter bedeuteten, als die Ratifikation bereits gefasster Beschlüsse.

Die Unterordnung der staatlichen unter die politischen Organe führt etwa auch dazu, dass die rechtliche Stellung der autonomen und föderativen Republiken innerhalb der Sowjetunion auch heute noch nicht eindeutig abgeklärt ist.

Autonome Formen in wirtschaftlicher und staatlicher Struktur sind wegen der zentralen Lenkung durch die Partei völlig unmassgeblich. Denn der Staat (siehe Untersuchung in dieser Nummer des KBs) steht ganz im Schatten der Partei.

DER SCHIELENDE BLICK

Der unter diesem Titel im «Beobachter» vom 30. November veröffentlichte Artikel über inhaltliche Diskrepanzen zwischen verschiedenen Publikationen des Schweizerischen Ost-Instituts wurde ohne Kenntnis der von Dr. Peter Sager in Nr. 45 des «klaren Blicks» dargelegten Sachlage geschrieben.

Die Redaktion des «Beobachters» ermächtigt uns zur Mitteilung, dass sie zu dieser Frage in der Ausgabe vom 15. Januar erneut Stellung nehmen wird. Damit dürfte das Missverständnis um den Wirtschaftsdienst des SOI — die im «klaren Blick» selbst vertretene Linie wurde nicht beanstandet — beseitigt werden.

Redaktion KB

Unser Memo

Dieser Tage geht ein Aufruf durch die Schweizer Presse. Er fordert zum Protest gegen die erwartete Hinrichtung von 67 ungarischen Jugendlichen auf, die sich zum Teil als zwölfjährige Kinder 1956 am Aufstand beteiligt hätten. Bei Vollendung des 16. Altersjahres würden sie jetzt dem Henker überantwortet. Die Meldung zitiert ein Gesetz vom 30. Juni 1957, wonach die Todesstrafe über Minderjährige verhängt werden kann, «wenn sie ihr 16. Lebensjahr vollendet haben und Angriffe auf die demokratische Staatsordnung und die Verfassung der Republik Ungarn gerichtet haben». Dazu liesse sich dreierlei bemerkern: 1. Der erwähnte Gesetzestext bietet keine Handhabe zur Hinrichtung von Minderjährigen, die zur Zeit des Deliktes noch nicht 16 Jahre alt waren. 2. Dessen ungeachtet kamen und kommen Hinrichtungen von Kindern unter 16 Jahren in Ungarn vor. 3. Solche Erscheinungen sind unter den kommunistischen totalitären Regimes permanent. Punktuelle Entrüstungsstürme bergen die Gefahr, solche andauernden Verbrechen als etwas Einmaliges hinzustellen und damit zu verniedlichen. Der kommunistische Terror ist grauenhaft, aber eintönig grauenhaft.

Die am 30. Juni 1957 angenommene Gesetzesrevision bestätigte unter anderm die Verfügung des ungarischen Strafgesetzbuches (BHO) von 1945 über kriegerische und

volksfeindliche Delikte von Jugendlichen. Auf Todesstrafe kann laut diesen Bestimmungen nur dann erkannt werden, wenn der Jugendliche zur Zeit, da er sich strafbar macht, das 16. Altersjahr vollendet hat. Freiheitsstrafen können gegen Jugendliche von 15 Jahren an volumnfähig verhängt werden (§ 94, Ziffer 1). Nun steht aber mit Sicherheit fest, dass Jugendliche entgegen den Bestimmungen hingerichtet, d. h. auf illegale Weise ermordet wurden. Uebrigens erklärt auch das offizielle Organ ungarischer Juristen, dass Minderjährige vor «Notgerichte» gestellt worden sind, wo das Urteil nur auf Tod oder Freisprechung lautet (Jogtudományi Közlöny, Nr. 1–3/1957). Dies ist noch der «legalste» Teil der Morde. Die Gesetze gelten in den meisten kommunistischen Staaten praktisch nur für die Bürger, nicht aber für den Staat selbst, der seit Jahrzehnten regelmässig gegen die eigene Verfassung auf grösste und willkürliche Art zu verstossen pflegt. Erstaunlich ist eigentlich dabei nicht zuletzt das Erstaunen, das solche Praktiken in der freien Welt immer noch hervorruft. Wenn uns dies voll ins Bewusstsein eingedrungen ist, werden wir so wach sein, dass wir uns nicht immer wieder wecken lassen müssen.

Das hindert nicht, dass solche Aufrufe sich wertvoll auswirken können, sofern der Leser bereit ist, den Einzelfall nicht isoliert zu betrachten, sondern als Teil eines Systems, der solche Einzelfälle notwendigerweise hervorbringt.

kurz

Im Frühling 1959 hat man in der Mongolei mit der Bebauung der Neulandgebiete begonnen. Das war die Gründung des neuen Wirtschaftszweiges — des Ackerbaus. Man stellte damals die Aufgabe, in drei Jahren so viel Getreide produzieren, dass der Eigenbedarf des Landes gedeckt wird. Gegenwärtig wird nicht nur der eigene Bedarf an Getreide gedeckt, sondern das Getreide wird auch exportiert. («Prawda», 25. November 1960.)

Ein Bulgare wurde laut «Zemedelsko Zname» zum Tode verurteilt, weil er während sechs Jahren illegalen Privathandel betrieb. Stoiko Stoikoff, der sich als staatlicher Einkäufer ausgab, erwarb grosse Wollmengen von Kollektivfarmen und liess sie durch staatliche Textilfabriken zu Wolldecken verarbeiten, die er mit Gewinn an staatliche Warenhäuser verkauft. Todesurteile wegen einer gegen die sozialistische Wirtschaft gerichteten Tätigkeit sind in Bulgarien nicht selten.

In den Seehafen Nachodka (am japanischen Meer) ist das Schiff «Alexandrovsk» eingelaufen. Es brachte 8000 Tonnen Rohzucker aus Kuba. Das ist die erste Lieferung, die in dieses fernöstliche Gebiet (UdSSR) in diesem Jahr erfolgte. Der Zucker wird in der Ussuri-Zuckerfabrik verarbeitet. («Prawda», 29. November 1960.)

In Peking ist ein Communiqué über den Besuch einer kubanischen Wirtschaftsmission in China veröffentlicht worden. Man unterzeichnete u. a. ein Protokoll über den Handel im Jahre 1961. Es sieht vor, dass die Regierung Chinas in Kuba 1 Million Tonnen Zucker und andere Produkte kaufen wird. Für den gleichen Betrag wird Kuba chinesische Waren kaufen. («Prawda», 1. Dezember 1960.)

Beim kommunistischen Führertreffen in Moskau fanden noch zahlreiche weitere Konferenzen statt, u. a. wirtschaftliche Besprechungen zwischen der Sowjetunion und der DDR, an denen laut Ulbricht über 100 ostdeutsche Experten teilnahmen. Bereits habe man sich über die wichtigsten Ziele der Periode 1965 bis 1980 geeinigt.

Von den 132 000 Zigeunern der Sowjetunion haben sich die meisten fest niedergelassen. Die junge Generation gibt ihr Wanderleben auf und arbeitet auf landwirtschaftlichen Betrieben oder in Fabriken.

Bonn hat die Beteiligung am vorgesehenen amerikanischen Hilfsprogramm für Jugoslawien verwirkt. Die von Tito absichtigte Wirtschafts- und Währungsreform (KB, Nr. 42), verbunden mit dem Beitritt zur Gatt, begegnet vermehrten Schwierigkeiten.

Der Schnappschuss

Die ostdeutsche Wochenzeitung «Neue Zeit» wirbt für sich selbst: «In der Zeitschrift finden Sie Beiträge von Persönlichkeiten der UdSSR und des Auslandes.» (Vielleicht auch Beiträge aus Deutschland und dem Inland.) *

63 000 Tschechoslowaken warten, zum Teil schon seit zwei, drei Jahren, auf die Lieferung ihres schon voll bezahlten Personenautos. Den Vorrang hat der Export. *

Die Verhandlungen Dillons und Andersons in Bonn wurden von Radio Moskau und «Iswestija» verschieden interpretiert, aber das war nicht schlechte, sondern gute Regie. In der deutschsprachigen Radiosendung hiess es, Bonn sei über die rücksichtslose Behandlung durch die «überseeischen Emissäre» verschlupft, während das Regierungsorgan erklärte, die Vertreter Washingtons seien von den Bonner Militärs grob behandelt worden. Die Version für westdeutsche Hörer sollte Hass gegen Amerika, die Version für inländische Lesser Hass gegen die militaristische Bundesrepublik wecken. *

Mädchen dürfen in Ostdeutschland nicht auf grossem Fuss leben. Von Schuhnummer 35 an haben sie die teuren Damenschuhe zu kaufen. Begründung der staatlichen Grosshandelsgesellschaft für diese Produkte: Da auf den Damenschuhen im Unterschied zu den Kinderschuhen noch eine Verbrauchssteuer liegt, kann das Mädchensortiment nicht bis zur Grösse 39 ausgeweitet werden. Sonst würden auch Damen Kinderschuhe kaufen, und das Preisbild geriete in Unordnung.

Kolonialdiener Tschombe

«Auszug der Kolonialisten aus dem Kongo», heisst der ironische Text zur Darstellung in der georgischen Zeitung «Sarja Wostoka». Die westlichen Herren verlassen feierlich den Haupteingang Léopoldville und werden von Tschombe durch den Seiteneingang Elisabethville wieder in das



Land hineinkomplimentiert. Der katangische Präsident, der letzte Woche in Brüssel ausgezeichnet wurde, hat sich für das Bleiben belgischer Techniker in seiner praktisch von Léopoldville unabhängig verwalteten Provinz eingesetzt. Wenn auch das sowjetische Treiben gegen Kasavubu und Mobutu in letzter Zeit schon der Verhaftung Lumumbas wegen augenfälliger war, so wird doch keine Gelegenheit versäumt, Tschombe als kriegerischen Diener des Kolonialismus an den Pranger zu stellen.